

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

September 09/2002

Wir Bremer Antifaschistinnen und Antifaschisten wenden uns an Sie - an die Wählerinnen und Wähler unserer Stadt:

Gehen Sie am 22. September wählen !

Wer nicht zur Wahl geht, überlässt anderen die Entscheidung. Diese bestimmen dann, wer im Bundestag sitzt. Gewiss: Wahlen sind nicht alles. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und demokratische Rechte erfordern Engagement in Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen sozialen und demokratischen Organisationen. Aber: Wie und wer gewählt wird, das setzt Zeichen und Signale, die Parteien und Politiker nicht einfach unbeachtet lassen können !

Wählen Sie antifaschistisch!

Lassen Sie sich nicht von neonazistischen Rattenfängern hereinlegen. Misstrauen Sie Politikern, die die Schuld an sozialen Problemen den "Ausländern" zuschieben und vortäuschen, Interessenvertreter der "kleinen Leute" zu sein.

Neofaschismus, Antisemitismus und Kriegseinsätze müssen abgelehnt und überwunden werden, deshalb



Wählen Sie Kandidatinnen und Kandidaten, oder Parteien, die sich konsequent einsetzen:

für soziale Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit, gegen weiteren Sozialabbau;
für den Ausbau demokratischer Rechte;
für die friedliche Lösung der internationalen Probleme und gegen weitere kriegerische Aktionen.

Werden Sie selber aktiv !

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen, Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen, Tel: 382914, Fax: 382918, Email: bremen@vvn-bda.de, Internet: <http://www.vvn-bda.de/bremen>

Helferinnen und Helfer gesucht

Klar sind Wahlen nicht alles: Wer wüßte das nicht besser als Initiativen und längerfristig arbeitende Organisationen. Trotzdem engagiert sich die überparteiliche VVN-BdA im Bundestagswahlkampf, natürlich ohne dabei für eine bestimmte Partei zu werben. Unsere Ziele bestehen darin, WählerInnen für antifaschistische

Inhalte zu sensibilisieren, zur Wahl von Kandidatinnen, Kandidaten und Parteien aufzufordern, die sich antifaschistische Politik auf die Fahnen geschrieben haben und natürlich auch unsere Organisation bekannter zu machen. Für diese Zwecke haben wir Materialien (Flugblätter, Plakate, Aufkleber) hergestellt, die jetzt

unter die Leute gebracht werden müssen. Wer will uns helfen? Bitte meldet euch, wenn ihr euch in kleinerem oder größerem Umfang beteiligen wollt, unter unserer Telefonnummer 0421-382914 oder schaut zu unseren Bürozeiten vorbei.

Der Landesvorstand Bremen

Lieber Hooligans als Muckefucktrinker

In ihrem Buch "Das zerbrochene Fenster" beschäftigen sich Andreas Buderus, Gerd Dembowski und Jürgen Scheidle mit der Frage, wie mit den Hooligans und Nazi-Skins vernünftig umzugehen sei. Alle drei sind in verschiedenen Fanprojekten und der Sozialarbeit tätig. Sie wissen also, wovon sie reden. Wichtig ist, dass die Ideologien der "missratenen Söhne", es sind fast ausschließlich männliche Täter, nicht von ungefähr kommen. Vor allem die Politiker sind hier als Brandstifter tätig. Schon in der Einleitung machen sie es klar. Sinnigerweise wird aus der neofaschistischen Szene der Bremer Frey-Freund, Hans-Otto Weidenbach, genannt. Er hatte in der Bremer Bürgerschaft gefordert: *"Werfen Sie die Schwindler hinaus, die Gauner, die Verbrecher multinationaler Herkunft, die Herointürken und Kokainneger, zigeunernden Plünderer und polnischen Schmuggler und Autoschieber, denn durch die Duldung züchten sie ja Fremdenfeindlichkeit."* Also sind wieder die Opfer selber schuld, wenn sie ermordet werden. Etwas anders, aber mit der gleichen Intention, reden "unsere" Politiker von vollen Booten oder nützlichen bzw. unnützen Ausländern, von der durchrassten Gesellschaft oder fordern "Kinder statt Inder". Und Teile "unserer" Wirtschaft sehen es auch so. VW-Vorstand Klaus Kocks mag *"lieber Hooligans als Muckefucktrinker"*. Also ganze Kerle, die auch mal hinlängen.

In Lens, Frankreich, wurde 1998 erst richtig publik, was diese Pseudofans anrichten. Markus Warnecke, Cousin von Robert Warnecke, der als 'freier Nationalist' in und um Bremen sein Unwesen treibt, hatte zusammen mit anderen deutschen Hooligan den Polizisten Daniel Nevil so zusammenschlagen und -getreten, dass er für immer geschädigt ist. Im Juni-BAF haben wir über "Kategorie C" (KC), die Bremer Nazi-Hool-Band, berichtet. In dem Buch ist ein Flugblatt abgedruckt, in dem ein gewisser A. Sagermann meint, dass die von vielen geforderten restriktiven Maßnahmen zuerst die "harmlosen" Fans wie z.B. KC treffen würden.

In einem weiteren Teil wird noch einmal das leidige Thema "akzeptierende Jugendarbeit" beleuchtet. Andreas Buderus hat sich intensiv damit befasst (*"Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten"*, Pahl-Rugenstein, 1998, siehe auch BAF März 1999). Titus Simon (Professor im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen an der FH Magdeburg) und Jürgen Elsässer (freier Journalist und Redakteur bei Konkret)

haben ihre Meinung in zehn Thesen zusammengefasst. Während Simon der "akzeptierenden Jugendarbeit" eher positiv gegenübersteht, äußert Elsässer sich eindeutig: *"Schluss mit der Akzeptanz"*.

Für mich ist einer der größten Täter im Umfeld der Hools ein Mann, der oft "lieb-voll" mit MV bezeichnet wird. DFB-Präsidenten und ehemaliger Finanzminister von Baden-Württemberg, Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU). Er wollte in Schulen das Deutschlandlied in allen drei Strophen zur Pflicht machen. Als Rassist par excellence hat er sich häufiger geoutet: *"Was wird aus der Bundesliga, wenn die Blonden über die Alpen ziehen und stattdessen die Polen, diese Furtoks und Lesniaks, spielen?"* Und an anderer Stelle sagt er: *"Wenn beim Spiel Bayern gegen Cottbus nur zwei Germanen in den Anfangsformationen spielen, kann irgendetwas nicht stimmen."* Der DFB hat alle Vereine aufgefordert die Ausstellung "Tatort Stadion", für die vor allem Gerd Dembowski verantwortlich zeichnet, zu boykottieren. In der Ausstellung werden auch die Funktionäre heute und damals (Drittes Reich) beleuchtet.

Ein Fazit des Buchs ist: Die Verlogenheit in der Gesellschaft und vor allem der Politik ist mit schuld an vielen Exzessen. Oder: Wer Stammtische mit Parolen versorgt, darf sich nicht wundern, wenn Nazis ernst machen. Andererseits sind Massenschlägereien auch ausgesprochen medienwirksam. So wurden in Frankreich von deutschen Privatsendern englische und deutsche Hooligan für Randalie bezahlt. *"Die haben gesagt: 'Jungs macht mal Action'. Das hat die Hooligans zusätzlich gereizt."* sagte ein Fanbeauftragter. Und Andreas Buderus sieht seine These bestätigt: *"Medien haben schon für Inszenierungen von Schlägereien gezahlt - ein paar Hunderter."*

Das Buch "Das zerbrochene Fenster - Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr" von Andreas Buderus, Gerd Dembowski und Jürgen Scheidle ist im Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn, 2001 erschienen. Es hat 240 Seiten und kostet 15,30 Euro und ist eine Hardcoverausgabe (ISBN 3-89144-285-8).

Gerold

Bunker "Hornisse"

Die Anbringung einer Erinnerungstafel für KZ-Häftlinge am Bunker "Hornisse" in der Kap-Horn-Straße in Gröpelingen ist nun gesichert, bis auf den konkreten Termin. *"Hier sollte 1944/45 der U-Bootbunker 'Hornisse' entstehen. Zur Erinnerung an das Leiden und Sterben der dabei eingesetzten Häftlinge aus den KZ-Außenlagern Rießpott, Schützenhof und Blumenthal wurde diese Mahntafel errichtet"*. Diese Worten benennen die Leiden Hunderter von Neuengamme-Häftlingen, die hier in Sklavenarbeit U-Bootteile fertigen sollten.

Stalingrad hatte längst die Kriegswende eingeleitet. Der Einsatz von Radar über dem Atlantik führte den größten Teil der U-Bootbesatzung in ein stählernes Grab. Dennoch sollte die U-Bootwaffe nach dem Willen der Herren des III. Reiches verstärkt eingesetzt werden. Im Bunker Farge sollten vorgefertigte Bausegmente des Boottyps XXI zusammengebaut werden. Die Firma Hermann Möller aus Wilhelmshaven erhielt im Februar 1944 den Auftrag, ein Baudock auf der A.G. Weser in eine verbunkerte Sektionswerft umzubauen. Der Bunker "Hornisse" hätte 360 m lang und 60 m breit werden sollen. 3.210 Menschen hätten hier monatlich 42-56 U-Bootsegmente fertigen sollen. Bei Kriegsende war der Bunker

zu 75% fertiggestellt. Von August/September 1944 bis zur Zerstörung der Baustelle und der großen Baukräne durch einen Bombenangriff am 30. März 1945 wurden Häftlinge des KZ Neuengamme unter Oberaufsicht der Organisation Todt im Bunker "Hornisse" oder in den ebenfalls umzäunten und bewachten Hallen 3 und 5 der A.G. Weser eingesetzt. Auf Schleppkähnen wurden sie vom Lager Rießpott zum Bunker gebracht oder von Bahrs Plate in Blumenthal auf offenen Wagen mit Hänger. Andere mussten täglich den Weg vom Schützenhof über die Moorstraße und die Lindenhofstraße zurücklegen.

Diesen Weg der KZ-Häftlinge durch Gröpelingen wollen wir mit Zeitzeugen nachgehen, gemeinsam mit der Geschichtswerkstatt Gröpelingen, dem Arbeiterverein Use Akschen, Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung der Stahlwerke Bremen und der Stadtteilinitiative Kultur vor Ort.

Wir treffen uns voraussichtlich am Samstag, 07. September um 13:00 Uhr an der Erinnerungstafel am Schützenhof (Brombergerstraße 117).

Raimund Gaebelein

"Demokratischer" Antifaschismus

Erneut hat der bundesdeutsche Verfassungsschutz (VS) unsere Organisation als kommunistisch unterwandert und antidemokratisch diskreditiert. Als Belege für ihre Ansicht führen die VS-Autoren an, dass Mitglieder der VVN-BdA sich auch in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) engagieren, gegen die Totalitarismustheorie auftreten, den sogenannten "Aufstand der Anständigen" als hohle Phrase entlarven und, im Gegensatz zu den auf dem rechten Auge blinden VS-Mitarbeitern, vor dem Vordringen faschistischen, rassistischen und antisozialen Gedankenguts in die Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft warnen. Keines dieser sogenannten Argumente hält einer ordentlichen Überprüfung stand.

Dass DKP-Mitglieder sich in der VVN-BdA engagieren, ist natürlich fatal. Jedenfalls für jeden und jede, die in Kommunistinnen und Kommunisten Vorkämpfer des sowjetischen Sozialismus (à la Stalin) sehen, die mit der Kalaschnikow in der Hand aus Europa ein vom Ural bis Lissabon und vom Nordkap bis Gibraltar reichendes Gulag machen wollen. Diese Auffassung vom Kommunismus wird in der Bundesrepublik und vor allem vom VS gehegt und gepflegt. Sie sind "kalte Krieger" bis zum letzten Blutstropfen und bei ihnen feiert der von mir totgeglaubte McCarthy fröhliche Urstände. In Wirklichkeit bekämpfen DKP-Mitglieder - genauso wie wir - engagiert jede Form von Faschismus, Rassismus und Militarismus, so dass sich hieraus selbstverständlich Überschneidungen in Arbeit und Mitgliedschaft - ebenso wie bei Mitgliedern anderer Parteien (z. B. SPD, PDS, Bündnis 90/Die GRÜNEN und sogar CDU) - ergeben.

Demagogisch geschickt verkaufen die VS-Autoren die Ablehnung der Totalitarismustheorie durch die VVN-BdA als Zustimmung zu jedweder illegalen Aktion, Hauptsache sie hat eine "linke" Begründung. In Wirklichkeit wehren wir uns nur gegen das unterschiedslose In-Einen-Topf-Werfen von sogenannten Extremisten aller Couleur durch diese Theorie. Die Ablehnung der Totalitarismustheorie ist auch nicht verfassungsfeindlich, denn die VS-Autoren übersehen dabei, dass das Grundgesetz den Totalitarismusbegriff gar nicht kennt, obwohl er schon lange vor der Erarbeitung des Grundgesetzes entwickelt worden ist.

Eine Ungleichbehandlung von angeblich gegen die Verfassung gerichteten Weltanschauungen durch die Behörden ist nach dem GG nicht nur erlaubt, sondern sogar verpflichtend. Bis auf den VS bezweifelt niemand die Grundgesetzwidrigkeit des Faschismus (nicht einmal die

Faschisten). Dieses generelle Verdikt läßt sich auf den Kommunismus nicht übertragen.

Der VS führt weiterhin an, in dem die VVN-BdA in einem Demonstrationsauftritt erklärte, der "Aufstand der Anständigen" habe wenig mit Antifaschismus zu tun, hätte sie eine "demokratisch ausgerichtete Initiative" diskreditiert. Zu der Einschätzung der VVN-BdA Autoren kann man stehen, wie man will, doch um eine "Initiative" zu diskreditieren, muss es eine solche erst einmal geben. Doch das Schlagwort vom "Aufstand der Anständigen" hat nichts initiiert. Das NPD-Verbotsverfahren war längst in Arbeit und um Opfer rassistischer Gewalt hat sich der Staat (und als Teil davon der VS) vor und nach dem Sommer 2000 gleich viel oder besser gesagt gleich wenig gekümmert. Die nach wie vor anhaltenden Weigerungen der Innenministerien und des VS, in ihren Verlautbarungen korrekte Angaben über die Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt zu machen, zeugen davon. Vom "Aufstand der Anständigen" blieb nichts als die hohle Phrase, die er von Anfang an war.

Dass die VS-Mitarbeiter die Feststellungen von VVN-BdA-Mitgliedern, dass

faschistisches und rassistisches Denken längst wieder den Staatsapparat und die bürgerliche Gesellschaft erreicht habe, gleich als Beleg dafür nehmen, dass die VVN-BdA die freiheitliche Demokratie als "latent für den Faschismus anfällige Ordnung" betrachte, woraus sich dann unsere feindliche Einstellung gegenüber dieser Ordnung ergäbe, ist typisch für die verleumderische Arbeitsweise des VS. Wäre dies nämlich so, dann wären vom recht konservativen Zentralrat der Juden in Deutschland, über Politiker der sogenannten "Mitte" bis hin zu politisch unverdächtigen Journalisten, die sich intensiv mit Neofaschismus beschäftigen, eine Vielzahl von Feinden der demokratischen Ordnung in diesem Lande unterwegs. Noch mehr Arbeit für den VS.

Abschließend stellen sich zwei unbeantwortete Fragen. Erstens wie lange sich dieser Staat noch eine so stümperhaft arbeitende Institution wie den VS leisten will? Zweitens: Wann startet die VVN-BdA mit einer wirklich öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen ihre verleumderische Beurteilung in den VS-Berichten des Bundes und einer Vielzahl von Ländern?

Erika Klantz

Ostarbeiter in Bremen

Im Staatsarchiv Bremen findet sich eine Senatsregistratur, die eine Sammlung von Verordnungen und Beschlüssen aus den Jahren 1941 - 1945 enthält. Ein erschreckendes Zeugnis menschenfeindlichen Denkens. So merkte der kommissarische Polizeipräsident am 30. Dezember 1942 an:

"Heute gegen 8:15 Uhr wurden bei den durchgeführten Kontrollen vier Ostarbeiter ohne Aufsicht beim Durchwühlen der in der Orleansstraße, Wachmannstraße und Schwachhauser Ring aufgestellten Mülleimer betroffen. Die Ostarbeiter hatten sich Küchenabfälle aller Art zusammengesucht und diese Abfälle in einem mitgeführten Beutel untergebracht. Wie festgestellt werden konnte, handelte es sich um Ostarbeiter, die bei den Borgwardwerken in Sebaldsbrück beschäftigt sind." Schnellste Bestrafung wurde angestrebt.

Nicht nur Lager und Arbeitsleistung wurden strengstens überwacht, auch auf die gesundheitliche Situation und die Entlohnung hatte die Polizei ein Auge. Am 30. Juni 1942 erließ der Senat eine "Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter". Sie war äußerst arbeitgeberfreundlich gehalten. Der Begriff Sklavenarbeiter trifft den Sachverhalt recht genau. "Die Ostarbeiter haben (...) keinen Anspruch auf Zuschläge zum Arbeitsentgelt für Mehr-

arbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Trennungs- und Unterhaltsgelder sowie Auslösungen und Zehrgelder dürfen nicht gezahlt werden. Für die Tage, an denen der Ostarbeiter wegen Krankheit oder Unfall nicht arbeiten kann, ist, soweit nicht Krankenpflege gegeben wird, lediglich freie Unterkunft und Verpflegung vom Unternehmer zu stellen."

Sozialleistungen aller Art kamen sowieso nicht in Betracht. Für einen Kriegsgefangenen zahlte ein Unternehmer einen Stundenlohn von 55 Pf., ein französischer Kriegsgefangener erhielt pro Tag 70 Pf., der sowjetische 20 Pf. angeschrieben. Der Arbeitstag betrug normalerweise 12 Stunden.

Am 09. März 1943, Goebbels hatte gerade den totalen Krieg ausgerufen, erließ der Senator für das Bauwesen eine Verordnung "über Leistungssteigerungen der ausländischen Arbeitskräfte und der Kriegsgefangenen". Darin heißt es: "In einer Zeit, in der vom deutschen Arbeiter der äußerste Einsatz gefordert wird und auch die deutschen Frauen fast ausnahmslos in den Arbeitsprozeß eingestellt sind, ist es die dringendste Pflicht aller beteiligten Stellen, aus den hier eingesetzten ausländischen Arbeitskräften das möglichste herauszuholen".

Raimund Gaebelein

Drei Tage im Herbst - Dänemark 1943

Mutig war die zehnjährige Annemarie nie. Früher nicht - das war bevor deutsche Soldaten Dänemark besetzten und als es noch Topfkuchen mit dickem rosa Zuckerguss gab - und heute? Heute hat sie keine Wahl.

Es ist der 29.10.1943. Ihre Freundin Ellen übernachtet bei ihr. Zum ersten Mal in ihrem Leben ist Ellen am Tag des Jüdischen Neujahrsfestes nicht mit ihren Eltern zusammen, weiß nicht einmal, wo diese sind, weiß nicht, ob es ihnen gut geht.

Mitten in der Nacht „heftiges Pochen an der Tür, (...) gefolgt vom Stakkato von Stiefelabsätzen [auf dem Dielenboden].“ Ein Alptraum beginnt. Ein Alptraum, der nicht wahr sein kann, nicht hier im zivilisierten Kopenhagen. Deutsche Soldaten suchen nach Juden, wollen sie verschleppen. Annemarie hat keine Wahl. Wer überleben will, muss mutig sein und so macht sie aus ihrer jüdischen Freundin Ellen Rosen ihre Schwester Lise Johansen.

Drei Tage später. Ein kleines dänisches Küstendorf - am Horizont so nah und doch unerreichbar fern die schwedische Küste. Eine Fischerkate, das Wohnzimmer nur durch den Schein einiger Kerzen erleuchtet, in der Mitte ein schwarzer verschlossener Sarg, rundherum Trauergäste, unter ihnen Ellen. Der Alptraum wiederholt sich - deutsche Soldaten stürmen auf der Suche nach Juden das Zimmer, wollen wissen, wer dort im Sarg liegt. Annemarie sagt, was ihr Onkel ihr eingeschärft hat: „*Meine Großtante Birte ist gestorben.*“ Nur, Annemarie weiß genau, sie hatte nie eine Großtante Birte. Um wen oder was trauern die Leute? Und warum verlassen Ellen und die anderen Trauergäste tief in der Nacht das Haus in Richtung Hafen? Annemarie weiß warum, aber wer viel weiß, lebt in einem Land, in dem Soldaten mit Hunden Jagd auf Menschen machen, gefährlich. Und doch braucht Annemarie dieses Wissen. Es gibt ihr den Mut zu glauben, dass der Schrecken wirklich irgendwann ein Ende haben wird.

Verwoben mit der Geschichte zweier zehnjähriger Mädchen erzählt Lois Lowry von der Besetzung Dänemarks. Sie setzt ein Denkmal all jenen vielen Dänen, die damals an der beispiellosen Rettungsaktion beteiligt waren, bei der die Mehrzahl der Juden vor den Schergen der Nazis ins neutrale Schweden evakuiert wurden. Ein Buch das Mut macht.

Bei dieser Aktion wurden entsprechend 7.200 der Juden ins neutrale Schweden gebracht. Von den 800 in Dänemark gebliebenen Juden konnten 700 erfolgreich versteckt werden.

Das Buch von Lois Lowry: „Wer zählt die Sterne“ ist geeignet für Kinder ab 8 Jahren als Vorlesegeschichte bzw. ab 11 Jahren für Selbstleser. Bei Achtjährigen empfiehlt es sich allerdings, den Roman mit dem vorletzten Kapitel enden zu lassen. Im letzten Kapitel des Buches sind Grausamkeiten enthalten, die für den Verlauf der Geschichte nicht wichtig sind. Das „Nachwort“ oder „Wie viel von der Geschichte um Annemarie ist wahr?“ ist allerdings auch für achtjährige Kinder spannend, da Lois Lowry in diesem Abschnitt den Widerstand in Dänemark zusammenfasst. Hier finden sich Fakten und Jahreszahlen, die man im übrigen Roman vermisst. Dass sich an dieser Stelle eine falsche Zahl eingeschlichen hat, tut dem ansonsten korrekt recherchierten Buch keinen Abbruch. 1943 wur-

den mehr als 7.000 Juden (das entspricht über 90 % der jüdischen Einwohner) und nicht wie im Buch „*nahezu 70.000 über das Meer nach Schweden geschmuggelt*“. Entscheidenden Anteil an dieser Rettungsaktion hatte der damalige deutsche Schiffsattaché Georg Ferdinand Duckwitz aus Bremen. Er erhielt Kenntnis davon, dass in der Nacht des Jüdischen Neujahrsfestes die Juden Dänemarks deportiert werden sollten. Er leitete diese Information an die richtigen Stellen weiter.

Das Buch „Wer zählt die Sterne“ von Lois Lowry ist 1999 im Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. erschienen. Es hat 175 Seiten und kostet 6,45 Euro. (ISBN 3-596-80182-6)

Silke

Polizei und Stadtamt ermöglichen Nazi-Aufmarsch in Findorff

Am Samstag, den 10.08.2002, marschierten 14 Neonazis aus dem Umfeld der NPD/JN zwischen 11:00 Uhr und 12:00 Uhr durch Bremen/Findorff. Sie begannen ihren Aufmarsch in der Münchener Straße, Ecke Fürther Straße, gingen von dort stadtauswärts und kamen schließlich über die Hemmstraße zurück zur Kreuzung Fürther Straße, wo sie in einen Linienbus stiegen und genauso schnell verschwanden, wie sie aufgetaucht waren. Der ganze Spuk dauerte zirka eine Stunde. Die Polizei war mit mindestens 60 BeamtInnen im Einsatz, um jeglichen antifaschistischen Protest von vornherein zu verhindern. So gelang es den ungefähr 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die kurzfristig von dem Aufmarsch der Nazis erfahren hatten, nicht, diesen zu behindern. Protest aus dem Stadtteil war nicht vorhanden, weil es die Klüngerlei von Polizei, Stadtamt und NPD/JN ermöglichte, diesen Aufmarsch vollkommen konspirativ zu organisieren. So mussten AnwohnerInnen auf dem Weg zum Einkaufen feststellen, dass vor ihrer Haustür völlig ungestört, geschützt durch eine Sondereinheit der Bremer Bereitschaftspolizei, Neonazis ihre menschenverachtenden Parolen skandieren konnten. Diese Geheimniskrämerei von Staat und Polizei ermöglichte es Bremer Nazis zum ersten Mal nach 1945 wieder, einen angemeldeten Aufmarsch in Bremen-Stadt durchzuführen, ohne dass auch nur die Möglichkeit gegeben war, Protest zu organisieren. Wir halten diese Geheimhaltungstaktik von Polizei und Stadtamt, mit der jeglicher Protest gegen einen solchen Aufzug geradezu unmöglich gemacht wird, für nicht akzeptabel. Es kann und darf nicht hingenommen

werden, dass Polizei, Stadtamt und Nazis sich zusammensetzen und unter vollkommener Geheimhaltung Aufmärsche planen, die sonst gar nicht oder nur unter massivstem Protest von AntifaschistInnen und AnwohnerInnen möglich wären.

Antifa Infogruppe Bremen

Nur Desinteresse?

Es gibt in der Nähe von Hude einen Ort, an dem nicht einmal ein Hund begraben sein möchte: Hilligenloh. Es ist der „Sterbeacker“ der Ludendorffer (Bund für Gotterkenntnis). Die Ludendorffer sind eine nationalsozialistische völkische „Sekte“. Bis hierher ist die Situation schon schlimm. Doch richtig grausam wird es, wenn man bedenkt, dass in Straßenplänen dieser Ort als „Jüdischer Friedhof (Ahnenstätte)“ bezeichnet wird. Härter kann man die jüdischen Opfer nicht beleidigen. Als Fauxpas hat es wohl der ADAC gesehen und seinen Umgebungsplan von Bremen dementsprechend geändert. Dort ist jetzt nur noch der neutrale Begriff „Ahnenstätte“ verzeichnet. Im gleichen Plan von FALK wird Hilligenloh immer noch als „Jüdischer Friedhof (Ahnenstätte)“ bezeichnet. Auch mehrmalige Anfragen, warum der Ort so beschrieben wird, und die Bitte um eine Reaktion hat keinerlei Bewegung in den Köpfen gebracht. Es steht zu befürchten, dass auch die neunte Ausgabe noch eine Beleidigung sein wird. Vielleicht hilft es, wenn sich möglichst viele an den Falk-Verlag wenden und auf Abänderung dringen (Falk New Media GmbH, Marco-Polo Zentrum, 73760 Ostfildern, Tel: 0711-4502-475, Fax: 0711-4502-320, E-Mail: info@falk.de). Für mich ist der FALK-Plan gestorben. Leider.

Gerold

Holocaust-Ausstellung in London

Eine sehenswerte Ausstellung ist seit zwei Jahren im Reichskriegsmuseum in London zu sehen. Das Museum war in der Vergangenheit eher als Ort von Kriegsandenken bekannt. Die Eingangshalle zeigt Panzer und Flugzeuge aus den beiden Weltkriegen, Uniformen und Orden sind in verschiedenen Abteilungen vertreten. Die Ausstellungskonzeption hat sich jedoch merklich gewandelt. Eine Abteilung verdeutlicht den Schrecken des Grabenkrieges im ersten Weltkrieg anhand von Tagebuchaufzeichnungen und Briefen von Offizieren und einfachen Soldaten in begehbaren Nachbildungen.

Beeindruckend und bedrückend zugleich ist die Darstellung des gigantischen Vernichtungsprogramms des deutschen Faschismus. Die Holocaust-Ausstellung beschränkt sich nicht auf die „Endlösung der Judenfrage“. Ein Gruseln befällt den Besucher, zumal wenn er deutschkundig ist. Beim Betreten der Ausstellung wird er über Lautsprecher und Großbilder in die Propagandaschlacht der Nazigrößen eingeführt. Die Hintergrundgeschichte wird deutlich, die sich seit dem ersten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa entwickelte. Machtergreifung, Aufrüstung und Blitzkriege werden dargestellt. Stück für Stück wird die Bekämpfung und Vernichtung der Opposition, der Juden,

Etwas missverständlich

Wir haben in der letzten Ausgabe das Buch "Zwanzig Kinder - Les vingt enfants" kurz vorgestellt. Der Titel ist mit dem Buch "Zwanzig Kinder", das wir im April 2000 beschrieben haben, leicht zu verwechseln. Es ist nicht nur die französische Übersetzung des Theaterstückes hinzugekommen, sondern größtenteils ein neues Buch entstanden. Es lohnt sich also allemal, beide Bücher zu kaufen und zu lesen.

Die Redaktion

Zwangsarbeiter 85087

Die schriftlich niedergelegten Erinnerungen des polnischen Zwangsarbeiters Henryk Hauffe aus Poznan sind gegen Spende im Landesbüro zu erhalten. Henryk Hauffe musste 1942-45 bei Focke-Wulff Lagertätigkeiten und Büroarbeiten machen. Auf 20 Seiten beschreibt er Tagesablauf, Arbeitstätigkeiten, Lager und Verpflegung, belegt mit zahlreichen Dokumenten.

Raimund Gaebelein

Sinti und Roma, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, Psychatrieinsassen, der Polen und der sowjetischen Bevölkerung dargestellt. Das KZ-System wird erläutert. Zeitzeugenberichte lassen sich abhören, die Internierung schutzsuchender Flüchtlinge, die Deportation unerwünschter oppositioneller Emigranten nach Australien, die ersten Berichte über Massenvernichtung an der jüdischen Bevölkerung.

Die Ausstellung endet mit der Befreiung der Konzentrationslager und Berichten

über die erste Begegnung mit den Opfern des deutschen Faschismus. Ein Modell des KZ Auschwitz II - Birkenau mit Rampe, Selektion und Verbrennungsöfen ist umrahmt von den Überresten der Ermordeten: Schuhe, Brillen, Spielzeug, Haare, Koffer.

Zu sehen ist diese Ausstellung unentgeltlich im Imperial War Museum, Lambeth Road, London SE1 6HZ.

Raimund Gaebelein

Neues im Internet

Auf den Internet-Seiten der VVN-BdA konnten in den letzten Monaten eine ganze Reihe neuer interessanter Angebote installiert werden.

Dies trifft nicht zuletzt für die Bremer Seiten zu. Seit Mai ist der „Bremer Antifaschist“ auf der Homepage jetzt auch als pdf-Datei zu finden. Das bedeutet, dass er original gesetzt zu lesen ist, was die Lesefreundlichkeit deutlich erhöht. Auch die Fotos sind nunmehr zu finden. (Übrigens sind alle Ausgaben seit Februar 2001 komplett im html-Format nachlesbar.) Ferner wurden alle Buchbesprechungen seit 2000 archiviert.

Neu wurde auch eine Termin-Seite installiert. Diese ist vom BAF unabhängig, in dem aufgrund seiner monatlichen Erscheinungsweise kurzfristige Termine nicht berücksichtigt werden können. Uns zugänglich gemachte Veranstaltungshinweise werden hier gerne mit ins Netz gestellt.

Direkten Zugang findet man von der Bremer Seite zum neuen „Online-Shop“ der VVN-BdA. Antifaschistische Bücher, Broschüren, Aufkleber, Plakate und Kunstobjekte werden hier mit Foto und

ausführlichem Text vorgestellt und können direkt bestellt werden. (Bestellungen tragen zur Finanzierung unserer Organisation bei.)

Auf der Bundes-Seite neu hinzugekommen ist eine „Bildungs-Seite“, die bundesweit über Seminare etc. informiert. Sie ist allerdings nur für Mitglieder zugänglich.

Eine Reihe weiterer Kreisvereinigungen ist mittlerweile ins Netz vorgestoßen. Erfreulicherweise ist das gesamte Elbe-Weser-Dreieck jetzt durch die Landesverbände Bremen und Hamburg und die Kreisvereinigungen Stade und Rotenburg-Verden abgedeckt.

Unsere erfolgreiche Neofaschismus-Ausstellung kann neuerdings ebenfalls vollständig online besichtigt werden. Inhaltlich wie graphisch gelungen ist außerdem die Seite, auf der unsere BundessprecherInnen mit Foto, politischem Lebenslauf und aktuellen Veröffentlichungen vorgestellt werden. Also jetzt schnell mal reingucken: www.vvn-bda.de

Thomas

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Geschichtsforschung
- Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Geb.-Datum _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Erfolg für Nasra Sado Tekin

Lange hatte sich Innensenator Kuno Böse dagegen gestäubt anzuerkennen, dass er einen gewissen Spielraum bei der Zuerkennung einer Aufenthaltsbefugnis in Härtefällen hat. Ein Urteil des Bremer Oberverwaltungsgerichts vom 16. Juni brachte ihn auf die richtige Spur, durchbrach seine dreisten Abschiebungsmechanismen. Wer als Kind mit den Eltern einreiste, kann nicht stellvertretend für die Eltern mit automatischer Abschiebung bestraft werden. Eine Einzelfallprüfung ist in jedem Falle möglich, wenn das Kind vor dem 01.07.1973 eingereist ist, hier erwachsen wurde, eine Arbeitsstelle gefunden hat oder eine Lehre macht, ohne staatliche Zuschüsse über die Runden kommt, straffrei ist, genügend großen Wohnraum hat.

Nach ersten öffentlichen Bekundungen ist Kuno Böse bereit, dem Urteil zu folgen. Das signalisiert ein Erlass vom 02.07.2002. Dies lässt auch für Nasra Sado Tekin hoffen. Unsere Postkartenaktion hat sicherlich dazu beigetragen, dass sie am 23.07. eine Aufforderung der Innenbehörde erhielt, binnen 14 Tagen eine Aufenthaltsbefugnis zu beantragen. Ihre Einbeziehung in die Altfallregelung ist auch nach Ansicht ihres Anwalts möglich. Dabei wird sie aber gezwungen, einen türkischen Pass zu beantragen, selbst wenn sie zur Türkei nie einen Bezug hatte. Nach Abschluss der Schule arbeitet sie seit zwei Monaten als Verkäuferin. Die familiäre Situation, die Verantwortung gegenüber ihren sehr kranken Eltern belastet sie aber so stark, dass sie auf längere Zeit therapiebedürftig bleiben wird.

Raimund Gaebelein

„Der Bremer Antifaschist“ ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: <http://www.vvn-bda.de/bremen>

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg

Am Sonntag, 08. September 2002, erinnert die VVN-BdA Bremen um 11:00 Uhr auf dem Osterholzer Friedhof an die Opfer von Faschismus und Krieg.

In der 1947 von Bürgermeister Kaisen eingeweihten Ehrenanlage ruhen die sterblichen Überreste von 1.367 Menschen zahlreicher Nationalitäten, die während der Jahre 1939 bis 1945 in KZ und Zwangsarbeiterlagern in und um Bremen den Tod fanden. Wir erinnern an diesem Tage der 360 Widerstandskämpfer aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern,

die nach einem Bombenangriff auf Berlin und der darauf folgenden Flucht einiger französischer Gefangener zwischen dem 09. und 11. September 1943 in Plötzensee an Fleischerhaken aufgeküpft wurden.

Es sprechen:

Dr. Jörg Hutter und Helmut Koch (beide Rat & Tat - Zentrum)

Ewald Hanstein (Bremer Sinti Verein).

Vertreter/in der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Daimler-Chrysler (angefragt)

Weitere Termine

Die Republik vor Gericht

Am Dienstag, den 03. September findet um 19:00 Uhr im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack eine Lesung mit Heinrich Hannover statt. Er stellt sein Buch „Die Republik vor Gericht. 1954 - 1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts“ erneut vor.

Ein unbequemer Anwalt erinnert sich an seine Fälle: An die Verfahren gegen Ulrike Meinhof, Peter-Paul Zahn, den Thälmann-Mordprozess, das Wiederaufnahmeverfahren für Carl von Ossietzky und den Prozess gegen Hans Modrow. Sie haben im ganzen Land für Aufsehen gesorgt.

Nach der Lesung, die sich auch speziell mit der Thematik „Aufforderung zur Fahnenflucht. Die GRÜNEN und der Golfkrieg (1991 -1993)“ beschäftigt, findet eine ausführliche Diskussion statt. Veranstalter ist die Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-611262 (Willy Hundertmark) oder 0421-6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich Montag von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Was haben wir von der Rüstung?

Im Rahmen des Antikriegstages 2002 in Bremen findet am Donnerstag, 29. August um 20:00 Uhr im DGB-Haus, Bahnhofplatz 22/28 die Veranstaltung "Was haben wir von der Rüstung? - Rüstungsproduktion in Bremen und Norddeutschland und unsere Alternativen" statt. Der Referent ist Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag. Die Moderation wird Andrea Kolling von der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" machen.

Veranstalter sind: Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Bremer Friedensforum, Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), DGB-Jugend.

Es geht um Fragen wie: Welche Bedeutung haben die neuen Rüstungsprojekte für Bremen und Umgebung? Sind Rüstungsaufträge ökonomisch unausweichlich? Gibt es Alternativen für die Arbeitnehmer in den Bremer Rüstungsbetrieben? Wie können wir zu einer Politik beitragen, die Rüstung überflüssig macht?

www.vvn-bda.de